



Die bayerische
Wirtschaft

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bayern



Bayerische
Staatsregierung



ZUKUNFTS- DIALOG

für Bayerns Wirtschaft
und Arbeitsmarkt

Bayern hat seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben. Der Freistaat hat sich vom landwirtschaftlich geprägten Agrarstaat zu einem erfolgreichen Industrie- und Hightech-Standort entwickelt. In vielen zentralen Bereichen nimmt Bayern seit langem Spitzenpositionen ein: Bei der Wirtschaftskraft, beim Wohlstand, beim Arbeitsmarkt – aber auch bei der Lebensqualität. Die Sozialpartner haben hierbei entscheidenden Anteil. Die Tarifautonomie hat maßgeblich zur Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft in Bayern beigetragen. An dieser Balance aus volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und den Zusammenhalt stärkenden Sozialsystemen wollen wir festhalten.

Das zeigt: Unser Land ist in der Lage, strukturelle Veränderungen erfolgreich zu bewältigen. Bayern kann Transformation. Diese Fähigkeit, fundamentale Herausforderungen gemeinsam erfolgreich zu meistern, müssen wir jetzt wieder unter Beweis stellen. Vor diesem Hintergrund wollen die Unterzeichner ihre gute und erfolgreiche gemeinsame Zusammenarbeit fortführen und treten in einen Zukunftsdialog für Bayerns Wirtschaft.

Denn die Wirtschaft befindet sich nicht nur in Bayern, sondern weltweit in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Dekarbonisierung, Digitalisierung und der demografische Wandel stellen Unternehmen und Gesellschaft vor große Aufgaben. Hinzu kommen wachsende internationale Sicherheitsrisiken sowie die mit dem Russland-Ukraine-Krieg offen zu Tage getretenen internationalen Abhängigkeiten. Zudem verfolgen große Player am Weltmarkt, die für Bayern besonders relevant sind – insbesondere China und USA – ihre eigenen industriepolitischen Interessen mit wachsender Vehemenz.

Das gemeinsame Ziel von DGB Bayern und vbw sowie der Bayerischen Staatsregierung ist es, Bayerns wirtschaftliche Stärke und den Wohlstand seiner Menschen in diesem Wandel zu sichern und möglichst noch auszubauen. Dies erfordert eine kontinuierliche Kraftanstrengung für Unternehmen, Beschäftigte und staatliche Verwaltung.

Die Transformation und die Alterung der Gesellschaft führen in den Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt zu tiefgreifenden Veränderungen, die aktiv begleitet werden müssen. An der einen Stelle fallen Arbeitsplätze weg, weil sie nicht mehr benötigt werden. Gleichzeitig entstehen an anderer Stelle neue Arbeitsplätze mit neuen Anforderungen und Qualifikationen. Hinzu kommt, dass die Alterung der Gesellschaft und der Rückgang der Erwerbstätigen jetzt schon zu einem erheblichen Bedarf an Fach- und Arbeitskräften in vielen Bereichen führen. Es gilt, diese gegenläufigen Effekte auszubalancieren, um einem potenziellen Mismatch am Arbeitsmarkt – Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel – entgegenzuwirken.

DGB Bayern, vbw und die Bayerische Staatsregierung sind sich einig: Ziel muss es sein, die hervorragenden Rahmenbedingungen am bayerischen Arbeitsmarkt und den hohen Beschäftigungsstand zu erhalten. Ziel muss es sein, Arbeitsplätze sowie industrielle Wertschöpfung in Bayern zu erhalten und die Kommunen auf ein stabiles finanzielles Fundament zu stellen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass den Unternehmen die nötigen Fachkräfte mit der richtigen Qualifikation zur Verfügung stehen. Der Aus- und Weiterbildung, die die Menschen befähigt, neue Aufgaben und Tätigkeiten zu bewältigen, kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Neben der

Aktivierung der internen Arbeitsmarktressourcen (z.B. Langzeitarbeitslose, Ältere, Migranten, Frauen) kann die zielgerichtete Zuwanderung einen ergänzenden Beitrag leisten. Es wird in dem Zusammenhang aber auch an die Flexibilität der Beschäftigten wie der Betriebe appelliert: Ohne die Bereitschaft, bei drohendem Wegfall des eigenen Arbeitsplatzes in Branchen und Bereiche zu wechseln, in denen es offene Stellen gibt, wird es nicht gehen. Das Entwickeln und Erproben von Qualifizierungsmaßnahmen, mit deren Hilfe sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf zukünftige Anforderungen vorbereiten können, ist dabei unerlässlich. Auch unkonventionelle Wege der Fachkräftesicherung durch die Betriebe sind entscheidend. Aufstiegsmobilität und Quereinstieg sichern Fachkräfte. Investitionen in die Belegschaften sichern Motivation, Loyalität und schaffen Produktivitätsperspektiven.

Eine erfolgreiche Transformation erfordert erhebliche Investitionen in neue und zusätzliche Infrastruktur (Energie, Transportlogistik, Kommunikationsnetze) und erhebliche Investitionen der Unternehmen in Anlagen, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Gleichzeitig sind die Unternehmen gefordert, ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln, neue Märkte zu erschließen und durch Diversifikation Zuliefererstrukturen und den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Generell erfordert die Transformation eine nochmals gesteigerte Innovationsfähigkeit der Wirtschaft.

Was uns in Bayern beim Umgang mit großen Herausforderungen auszeichnet, ist der Weg der Zusammenarbeit. DGB Bayern, vbw und die Bayerische Staatsregierung bekennen sich dazu, die Zukunft gemeinsam zu gestalten, den Standort Bayern und die Beschäftigung zu sichern. Das zeigt sich auch an den vielen gemeinsamen Initiativen und Projekten, wie etwa dem Transformationsprojekt transform.by oder dem Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0.

Zur erfolgreichen Bewältigung der Transformation sind aus Sicht von DGB Bayern, vbw und der Bayerischen Staatsregierung die folgenden Punkte besonders wichtig:

Sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

DGB Bayern, vbw und Bayerische Staatsregierung sind sich einig, dass die Grundvoraussetzung für das Gelingen der Transformation die ausreichende Verfügbarkeit von bezahlbarer Energie ist. In Bayern gibt es bereits Dynamik beim Ausbau der Erneuerbarer Energien. Es gilt, diesen Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent voranzutreiben – und zwar bei allen Energieträgern, egal ob Photovoltaik, Windkraft, Wasserkraft, Geothermie, Biomasse (darunter speziell auch Biomethan). DGB Bayern und vbw bekennen sich zudem zu einem beschleunigten Leitungsausbau (Übertragungs- und Verteilnetz). Vor Ort werben wir mit verstärktem Engagement um die Akzeptanz in der Bevölkerung. Zur Unterstützung der Transformation und zur Sicherung des Industriestandortes Bayern fordern DGB Bayern, vbw und Bayerische Staatsregierung die Einführung eines international wettbewerbsfähigen Industriestrompreises, der auch für den Mittelstand gilt. Zudem treten wir ein für den forcierten Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Gleichzeitig ist an der einheitlichen deutschen Strompreiszone festzuhalten, hierfür muss sich die Bundesregierung nach Kräften einsetzen. Zudem gilt: CO₂-Abscheidung, -Speicherung und -Verwendung (CCUS)

ist ein wichtiger Baustein auch – aber nicht nur – im Zusammenhang mit der Wasserstoffwirtschaft.

Investitionsanreize in Klimaschutz stärken

DGB Bayern, vbw und Bayerische Staatsregierung bekennen sich zu ehrgeizigen Klimazielen. Damit die klimaneutrale Transformation zeitgerecht gelingen kann, sind verstärkte Investitionsanreize unerlässlich. Der alleinige Fokus auf ein steigendes CO₂-Preissignal kann die klimaneutrale Transformation nicht erwirken, da es global (noch) kein einheitliches level-playing field gibt. Das europäische CO₂-Preissignal muss noch stärker auf europäischer Ebene durch einen Rahmen begleitet werden, der Innovationen fördert, Planungssicherheit für Investitionen bietet und letztlich einen wirksamen Carbon-Leakage-Schutz sicherstellt. Dabei müssen Klimaschutz und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Einklang gebracht werden.

Neue Technologien und Innovationen konsequent fördern

Wir setzen im Kampf gegen die Erderwärmung auf Technologie und Innovationen. Der Einsatz von geeigneten Technologien ist eine zwingende Notwendigkeit, die Treibhausgas-Emissionen innerhalb weniger Jahrzehnte auf Netto-Null zu reduzieren. Gleichzeitig bietet die Entwicklung – insbesondere auch digitaler – technologischer Lösungen für den Industriestandort Bayern große Marktchancen als Anbieter nachhaltiger Produkte, Anlagen und Produktionstechnologien für den Weltmarkt. Seitens der Bayerischen Staatsregierung wurde hier bereits maßgebliche Unterstützung angestoßen, beispielsweise im Rahmen der High-Tech-Agenda (Plus) oder auch beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, der mit bis zu 700 Millionen Euro in den kommenden Jahren unterstützt wird.

Kreislaufwirtschaft entschlossen vorantreiben

Wir betrachten eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft als Schlüssel für eine nachhaltige Produktion. Im zirkulären Wirtschaften steckt beachtliches Potenzial für Wertschöpfung und neue Beschäftigungsfelder. Zudem können damit Abfälle, Emissionen und Energieverbrauch verringert werden. Erfolgreiche Kreislaufwirtschaftspolitik muss innovationsgetrieben und technologieoffen sein. So müssen wir etwa in allen Bereichen die Möglichkeit und den Mehrwert von Recycling berücksichtigen, und dabei einen technologieneutralen, diskriminierungsfreien Rechtsrahmen für mechanische und chemische Recyclingverfahren gewährleisten. Gerade eine zirkuläre Bioökonomie liefert weiteres Potenzial für Wertschöpfung und neue Beschäftigungsfelder. Die Sozialpartner sowie die Bayerische Staatsregierung werden die notwendigen Schritte zur Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft konstruktiv begleiten – unter anderem auch im Hinblick darauf, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ausbau Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur weiter beschleunigen

Wir betonen die Bedeutung des beschleunigten Ausbaus der Breitbandinfrastruktur. Eine leistungsfähige IT-Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Transformation: Bayern hat hier in den vergangenen Jahren sehr große Fortschritte erzielt. Die digitale Infrastruktur entwickelt sich in unserem Land besser und schneller als anderswo – dank einer geschickten bayerischen Förderpolitik. Der flächendeckende Ausbau von Glasfaser und 5G muss aber weiter zügig vorangetrieben werden. Der Freistaat wird seine erfolgreichen Programme mit Nachdruck weiter vorantreiben. Auch der Bund ist hier weiter gefordert. Es gilt, auch vor Ort das Engagement zugunsten einer höheren Akzeptanz der notwendigen neuen Masten zu intensivieren.

Verkehrsinfrastruktur und -angebot auch in der Fläche sicherstellen

Wir bekennen uns zum Ausbau der Infrastruktur für alle Verkehrsträger. Dazu ist es notwendig, dass sowohl der Bund wie auch der Freistaat weiterhin konsequent in diesen Ausbau investieren. Steigende investive Mittel sind für leistungsfähige Straßen und Schienenwege unerlässlich. Der Freistaat wird seiner Verantwortung für Staatsstraßen und die Förderung des kommunalen Straßenbaus gerecht. Für Infrastrukturausbau – auch für neue Antriebsformen und Verkehrsträger – müssen in ausreichendem Maße Flächen zur Verfügung stehen. Um die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) zu erhöhen, ist das Angebot weiter zu verbessern (Anbindungen/Taktzeiten) sowie finanziell so zu gestalten, dass es eine Lenkungswirkung entfaltet.

Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe schnell ausbauen

Bayern ist führendes Bundesland beim Aufbau öffentlich zugänglicher E-Ladeinfrastruktur und unterstützt den Hochlauf der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität sowie Wasserstofffahrzeuge bereits mit schlagkräftigen Förderprogrammen. Wir treten für einen unverzüglichen und umfangreichen Ausbau der Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe ein. Dies gilt für den öffentlichen Raum genauso wie bei Unternehmen und im privaten Umfeld. Auch die Ladeinfrastruktur für LKW gilt es voranzubringen. Das betrifft auch den Ausbau der Tankstelleninfrastruktur für die Wasserstoffmobilität. Parallel dazu ist es erforderlich, die Infrastruktur für die Erzeugung synthetischer Kraftstoffe auszubauen und die Rahmenbedingungen insbesondere auf der EU-Ebene technologieoffen auszurichten.

Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen

Wir machen uns für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren stark. Ziel muss es sein, Planungs- und Genehmigungsprozesse deutlich zu verkürzen. Dazu gilt es sicherzustellen, dass es genügend fachkundiges Personal in der Verwaltung gibt, und dieses über die notwendige Handlungssicherheit verfügt. Eine Arbeitsgruppe im Rahmen des Umwelt- und Klimapaktes hat hierzu konkrete Vorschläge gemacht – diese gilt es umzusetzen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Auch wird sich der Freistaat weiterhin aktiv für den geplanten Bund-Länder-Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren stark machen, damit Genehmigungsverfahren auf allen föderalen Ebenen und mit einem grundlegend modernisierten Rechtsrahmen beschleunigt werden können.

Gemeinsam machen wir uns stark für eine Reduktion von Ausnahmen und Einspruchsrechten in den entsprechenden Regelwerken, falls hierdurch wesentliche Verfahrensbeschleunigungen erreicht werden können, ohne dass ein unmittelbarer Schaden droht

Verwaltung digitalisieren

Wir setzen uns für eine beschleunigte Digitalisierung der Verwaltung ein. Erfolgreiches Wirtschaften hängt nicht selten davon ab, ob Verwaltungsleistungen schnell und reibungslos erbracht werden können. Deshalb brauchen wir im Freistaat eine weitere Digitalisierung der Verwaltungsprozesse – mit einem besonderen Fokus auf Unternehmen als besonders intensive Nutzer von Verwaltungsleistungen.

Arbeits- und Fachkräftebedarf decken

Wir sind uns darin einig, dass der wachsende Bedarf an Arbeits- und Fachkräften nur durch eine ganze Reihe von Maßnahmen zu decken ist. Der Bedarf an Arbeits- und Fachkräften ist eine enorme Herausforderung für den Standort Bayern. Personal fehlt in vielen verschiedenen Branchen. Zur Arbeits- und Fachkräftesicherung gilt es, an allen denkbaren Hebeln anzusetzen (Ausbildung, Qualifizierung etc.) und dafür alle möglichen Fachkräftepotenziale zu nutzen. Dazu gehört neben der Aktivierung der internen Arbeitsmarktressourcen auch die gezielte Zuwanderung. Es gilt sicherzustellen, dass unbürokratische und praxisnahe Wege vorhanden sind, um ausländische Arbeitskräfte zu rekrutieren.

An den Schulen zukunftsorientierte Kompetenzen vermitteln

Wir halten den Erwerb zukunftsorientierter Kompetenzen für eine Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben und eine gelingende Transformation. Um die Jugendlichen bestmöglich auf die Herausforderung des strukturellen Wandels vorzubereiten, gilt es, in den allgemeinbildenden Schulen den Fokus noch stärker auf die für das Gelingen der Transformation relevanten Qualifikationen zu legen. Denn diese

erfordert mit ihrem erhöhten Bedarf an Innovationen einen deutlichen Zuwachs in den einschlägigen Berufen und ganz grundsätzlich ein Mehr an naturwissenschaftlich-technischem Wissen und Können in der gesamten Gesellschaft. Es gilt daher, den Stellenwert der naturwissenschaftlichen Bildung, insbesondere am Gymnasium, weiter zu erhöhen und den Einsatz digitaler Medien in den Bildungseinrichtungen weiter auszubauen.

Zielorientierte und stark ausgeprägte Qualifizierung und Weiterbildung

Wir halten Qualifizierung und Weiterbildung für eine gelingende Transformation für unabdingbar. Nur wenn wir die Belegschaften zielorientiert beraten und weiterbilden, werden wir in der Transformation eine Zunahme der Arbeitslosigkeit verhindern und gleichzeitig die nötigen Fachkräfte gewinnen. Bayern verfügt erfreulicherweise über ein vielfältiges Weiterbildungsangebot, das es zielorientiert zu nutzen und zu erhalten gilt. Mit dem „Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0“, der 2018 gemeinsam von vbw, dem DGB Bayern, der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, der Bayerischen Staatsregierung, dem Bayerischen Handwerkstag e. V. sowie dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag e. V. ins Leben gerufen worden ist, werden etwa gezielt die Weiterbildungsbereitschaft der Beschäftigten und Unternehmen in Bayern gestärkt sowie mit Blick auf die Digitalisierung konkrete Maßnahmen zur beruflichen Entwicklung auf den Weg gebracht. Diesen Weg wollen die Partner entschlossen weiterentwickeln. Dazu gehört der weitere Aufbau regionaler wie branchenspezifischer (bspw. Transform BY) Transformationsnetzwerke.

Bedarfsgerechte und moderne Ausbildung

vbw, DGB Bayern und Bayerische Staatsregierung sind sich einig: Eine moderne Ausbildung schafft individuelle Zukunftsperspektiven und trägt gleichzeitig zur Fachkräftesicherung bei. In der Weiterentwicklung der Ausbildungsberufe bleiben die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Branchen aufgerufen, gemeinsam mit den Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), den Verbänden und zuständigen Stellen, die Berufe ständig zu hinterfragen und neu zu justieren, mit dem Ziel der technikoffenen und branchenspezifischen Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen, die auch gerade die Anforderungen der Transformation einbeziehen. Ein Beispiel aus der Chemie sind der Zertifikatslehrgang Chemikant „Digitalisierung und vernetzte Produktion“, der Zertifikatslehrgang "Spezialist/in für digitale Geschäftsprozesse (Industrie)", und die Digitale Wahlqualifikationen für Labor-Berufe. Auch in der Metall- und Elektro-Ausbildung sind mit sieben Zusatzqualifikationen neue Optionen geschaffen worden, wichtige neue Themenfelder zu platzieren. Darüber hinaus gilt es, die Berufsschulen fit für die Anforderungen der digitalen Transformation zu machen und fortlaufend in die Personalentwicklung der Berufsschullehrkräfte sowie die flächendeckende technische Ausstattung der Berufsschulen zu investieren.

Die Sozialpartner machen sich weiterhin für Ausbildungsberufe stark und tragen dazu bei, diese an neue Herausforderungen anzupassen. Bis 2028 sollen jährlich

mindestens zehn Berufsbilder an den aktuellen Erfordernissen, z. B. der Digitalisierung, neu ausgerichtet werden. Durch neue, gemeinsame Ausbildungskampagnen wird auf diese aufmerksam gemacht.

Schaffung von Transparenz bei den Förder- und Unterstützungsmaßnahmen

Wir treten dafür ein, im Rahmen der Transformation Transparenz bei den Förder- und Unterstützungsmaßnahmen zu schaffen. Die Bandbreite der Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten durch Bund und Freistaat ist beachtlich. In der Kooperation aller regionalen Arbeitsmarktpartner muss es gelingen, diese Optionen transparent, betriebsnah und zielgruppenspezifisch zu vermitteln sowie adäquat weiterzuentwickeln. Gerade der Mittelstand darf nicht auf der Strecke bleiben. Für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und ihre Beschäftigten braucht es gut vernetzte Kümmererstrukturen, die zu allen Fragen transformatorischer Anpassungsbedarfe beraten. In Wirtschaftsstufen wie dem Groß- und Außenhandel können etwa von der Agentur für Arbeit geförderte überbetriebliche Transformationslotsen eingesetzt werden und wertvolle Unterstützung bei der passgenauen Nutzung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsaktivitäten bieten. Die Transformationslotsen, die bei Bayern Innovativ angesiedelt sind, können zudem einen aktiven Beitrag zu mehr Transparenz in der so wichtigen Automobil- und Automobilzuliefererindustrie leisten. Darüber hinaus leiten sich aus den Aktivitäten der regionalen bzw. branchenspezifischen Transformationsnetzwerke wichtige Erkenntnisse ab, wo der Freistaat unterstützen wird, z.B. beim Zugang zu Fördermöglichkeiten im Bereich der Qualifizierung, des Technologie- oder Innovationsmanagements.

Bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wir sehen dringenden Bedarf, mehr bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum zu schaffen. Ausreichend Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung auch für die Fachkräfte- und Arbeitskräftegewinnung. Es gilt Hürden abzubauen, die es erschweren, Wohnraum zu schaffen. So gilt es etwa, Baugenehmigungen rascher zu erteilen, Bauland in ausreichendem Maße auszuweisen und auch neue Mischgebiete oder Arten der baulichen Nutzung zu ermöglichen.

München, den 5. September 2023

Freistaat Bayern



Dr. Markus Söder, MdL

Bayerischer Ministerpräsident

**vbw – Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.**



Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

**Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Bayern**



Bernhard Stiedl
Vorsitzender